

27. IV. 1918

16
a
27

Der Vertreter der Ukraine in Wien.

(Drahtbericht der „Reichspost“)

Lemberg, 26. April.

Kiewer Blätter melden:

Die ukrainische Regierung hat zum Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik in Wien den bekannten Kiewer Anwalt Jakowliw ernannt. Er wurde beauftragt, die Ratifizierungsurkunden den Vierbündmächten einzuhandigen und von den Vertretern des Vierbundes Urkunden, betreffend die Ratifizierung des Brester Friedensvertrages, zu empfangen.

Gleichzeitig wurden der gewesene Generalgouverneur der besetzten Gebiete Demeter Doroschenko und der ukrainische Friedensdelegierte Michael Polosiw beauftragt, die neutralen Staaten über die Entstehung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik in Kenntnis zu setzen und die Anerkennung des neuen Staates zu erwirken.

Jakowliw und D. Doroschenko sind Mitglieder der ukrainischen sozial-föderativen Partei, die jedoch keineswegs die Unabhängigkeit der Ukraine durch einen neuerlichen Anschluß an Großrußland gefährdet wissen will. Polosiw ist ein Vertreter des ukrainischen Kriegsministeriums und gehört der gegenwärtig stärksten ukrainischen sozialrevolutionären Partei an.

Die Vorgänge in Sebastopol und am Schwarzen Meer.

Kiew, 26. April.

Das Moskauer Sowjetministerium protestiert gegen den Vormarsch der Truppen der Mittelmächte und gegen die Einverleibung der Krim in die Ukraine, da die taurische Republik ein Teil der russischen Föderativrepublik sei. Der Sowjetrat der Krim stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Der Protest erstreckt sich auch auf die Anwesenheit der paar österreich-ungarischen Monitore im Schwarzen Meer, und spricht von „Aktionen der verbündeten Flotte.“ Nach dem „Kijewskaja Wysl“ verhandelt der ukrainische Generalbevollmächtigte für die Krim, Miksniukow, wegen kampfloser Uebergabe der Halbinsel an die Ukraine mit dem Zentralausschuß der Matrosen, der sogenannten „Zentroslott“. Nach der „Borotba“ dagegen verhandeln die Matrosen von Sebastopol mit den Deutschen wegen Einstellung der Feindseligkeiten und Entwaffnung der Schwarzmeerflotte. Nach der „Nowa Rada“ hat der Kommandant der Krim den Befehl gegeben, auf den Befestigungen und Schiffen

die ukrainische Flagge zu hissen. Er erklärte sämtliches Kriegsgut auf der Krim, sowie die Schiffe als ukrainisches Staatseigentum und gab den Befehl zur Entwaffnung der Handelsflotte. Das Blatt verlangt das Eigentumsrecht der Ukraine an der Schwarzmeerflotte, da die Gefahr bestehe, daß die Bolschewiken die Schiffe verkaufen. Nach dem ukrainischen Generalstabsbericht begrüßt die Bevölkerung der Krim die ukrainischen Truppen als Retter.